

Wozu Kommunalpolitik?

Bei den vielen aktuellen welt- und innenpolitischen Problemen ist es verständlich, wenn die Kommunalpolitik auf geringes Interesse stößt. Entsprechend gering ist die Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen. Dabei wird leicht übersehen, dass in den Gemeinden Entscheidungen getroffen werden, die sich unmittelbar auf den Bürger auswirken (z.B. Grundsteuer, Abgaben, Bebauungspläne). Es lohnt sich also, an der Wahl teilzunehmen.

Wenn Sie bei der kommenden Wahl Ihre Stimme abgeben, machen Sie das im Vertrauen darauf, dass der von Ihnen gewählte Bewerber auch Ihre Interessen und die der Bürger/innen unserer Stadt vertritt. Hierzu verpflichten sich alle Mitglieder des Rates durch ihren Eid.

Doch bei so manchen Entscheidungen des Rates sind berechtigte Zweifel angebracht, ob tatsächlich die Wahrnehmung Ihrer Interessen im Vordergrund standen. Nur zwei kleine Beispiele für das vorgenannte Verhalten:

- Nur MFN und die Eltern setzten sich für den Erhalt unserer Realschule und der Gemeinschaftshauptschule ein. In beiden Schulen leisteten engagierte Lehrerkollegien hervorragende Arbeit bei der Bildung unserer Kinder. Der gute Bildungsstand unserer Schüler war weit über die Grenzen unserer Stadt anerkannt. Als Folge wurden regelmäßig rd. 150 Kinder in die Eingangsklassen (3 Jahrgänge für die Realschule und 2 für die Hauptschule) angemeldet. Jetzt reicht es lediglich noch für 1 Eingangsklasse der Sekundarschule, sodass der Schulstandort Nideggen im Bereich der weiterführenden Schulen z.Zt. nur durch eine Ausnahmegenehmigung der Bezirksregierung gesichert ist. Die Eltern sammelten seinerzeit weit über 1.200 Unterschriften um den Erhalt von Real- und Hauptschule zu erreichen. Die Unterschriftenliste der Eltern wurde aus formalen Gründen ignoriert. So opferte man aus ideologischen Gründen oder aus Opportunismus gegenüber den in der Vergangenheit getroffenen Entscheidungen beide Schulformen.

Wir wissen, dass das Lehrerkollegium der dann eingeführten Sekundarschule Kreuzau/Nideggen von Anfang an ebenso sehr kompetent, engagiert und überaus bestrebt ist, die Sekundarschule und den Schulstandort Nideggen zu etablieren, wie es die Kollegien der Haupt- und Realschule Nideggen für ihre Schulen waren.

Unser Bürgermeister, wir und viele Bürger/Innen unserer Stadt setzen sich für die Fortführung der Sekundarschule am Standorte Nideggen ein. Ob dieses gemeinsame Engagement Erfolg haben wird, ist aus unserer Sicht leider zweifelhaft, denn es wird – wie so oft – die Wirklichkeit außer Acht gelassen. Fakt ist es, dass in erster Linie der durch Andere nicht zu beeinflussende Elternwille und die Bestrebungen der Kinder im Vordergrund stehen, wenn es um die Auswahl ihrer künftigen Schule geht.

- Kein Einsatz für den Erhalt der Musikschule. Die Stadt Düren unterhielt in unserer Stadt ein Musikschulangebot. Für lediglich 5.000 €/Jahr hätte die Stadt Düren dieses Angebot aufrechterhalten. Weil Nideggen diesen Betrag wegen der Haushaltskonsolidierung nicht mehr zahlen durfte, sprangen zunächst Sponsoren ein. Die Ratsmehrheit lehnte es aber auch ab die Zahlungen bei besserer Haushaltslage wieder aufnehmen zu wollen. Das war das Ende.
- Belastung der Vereine durch Einführung von unnötig hohen Sportstättenbenutzungsgebühren. Unser Vorschlag darauf zu verzichten wurde abgelehnt

Aber all dies wäre im Rat auch anders zu entscheiden gewesen, hätten die CDU-Vertreter sich nicht in die Reihen derer eingeordnet, die aus vorgenannten Gründen immer nur auf Ablehnung eingestellt sind.

Erlaubt sei die Frage, wie sich eine Kommune selbständig für die Zukunft rüsten kann. Es bedarf einer ausreichenden Infrastruktur, die zum einen alle Grundbedürfnisse der Einwohner abdeckt, und zum anderen zumutbare Abgabenbelastungen. Die Grundlagen hierfür wurden in der Vergangenheit durch notwendige Investitionen geschaffen. Daraus resultiert ein Bevölkerungszuwachs, der zu mehr Einnahmen durch Zuweisungen und Steuern führt. Warum man mehrheitlich im Rat diese positiven Grundlagen nicht offensiver z.B. gegenüber der Bezirksregierung vertreten hat, ist leider schnell zu begründen. SPD und Bündnis 90/Die Grünen lehnen ohnehin grundsätzlich alles ab, wofür wir uns einsetzen. Wenn wir kritisch und deutlich argumentieren, darf das doch nicht zu negativen Entscheidungen für die Bürger führen. Persönliche Befindlichkeiten gegenüber Anderen, die in der Sache eine andere Meinung vertreten, oder parteipolitische Ideologien zeugen nicht von Toleranz und stehen im Gegensatz zu dem von Ihnen erteilten Wählerauftrag.

Als Fazit muss leider festgehalten werden:

- Reduzierte Leistungen für den Bürger die aber deutlich teurer "angeboten" werden.
- Führt das in eine gesicherte Zukunft, in der die Stadt aus eigener Kraft selbständig wirtschaften kann?

Natürlich war und ist es leicht sich hinter Sparanweisungen "von oben" verstecken zu können. Was wir beklagen, ist die fehlende Bereitschaft, die Vorzüge unserer schönen Stadt mit Selbstbewusstsein gegenüber allen anderen – vor allem "nach oben" - zu vertreten. So verstehen wir den von Ihnen erteilten Wählerauftrag.

Das Wahlsystem

Nach unserem Wahlrecht werden die Hälfte der Ratsmitglieder als "Direktkandidaten" in den 13 Stimmbezirken gewählt. Im Stimmbezirk zieht der Kandidat in den Rat ein, der dort die meisten Stimmen bekommt. Die zweite Hälfte wird nach den Listen so ermittelt, dass die Zusammensetzung des Rates den Prozentanteilen der Parteien und Wählergruppen entspricht. Bei der Wahl 2014 erhielt die CDU mehr Sitze für Direktkandidaten als ihr prozentual zustanden. Zum Ausgleich musste deshalb der Rat um 2 Mitglieder vergrößert werden.

Aber noch ein Wort zur CDU

Nahezu alle Parteien - so auch wir - können nicht in allen Bezirken Bewerber aufstellen die auch dort wohnen. Auch wenn Ihnen in der Regel die CDU-Bewerber bekannter sein sollten, fragen Sie sich doch, ob diese in der Vergangenheit Ihr Vertrauen verdient haben, bzw. in Zukunft rechtfertigen werden.

Wir werben um Ihre Stimme damit wir möglichst so viele Vertreter im Rat stellen können, um endlich wieder mehr Bürgerinteressen durchsetzen zu können.

Die L249n als Ostumgehung Nideggen

Über diese Planung hatten wir in der letzten MFN-Info informiert und gefragt:

- Warum wurden Nideggener Gremien vom Bürgermeister darüber nie informiert?
- Warum hat Nideggen dieser Planung nicht rechtzeitig widersprochen?

Der Bürgermeister, dem diese Planung entgangen war, hat inzwischen erklärt, dass es sich nur um eine "Gedankenstütze" handelt und diese Idee derzeit überhaupt nicht verfolgt werde.

Der Rat hat am 16.06.20 den Bürgermeister beauftragt, der Bezirksregierung die eindeutige Nideggener Ablehnung dieser Planung mitzuteilen.

Gewerbegebiet Gut Kirschbaum

Die Stadt Nideggen ist Eigentümerin eines Grundstückes von rd. 20.000 qm im dortigen Gewerbegebiet. Nach den Vorstellungen des Projektentwicklers und der Mehrheit des Ausschusses soll diese Fläche genutzt werden, um zwei bereits bestehende Einzelhandelsmärkte umzusiedeln. Es handelt sich um den REWE Markt und evtl. den Lidl. Wie danach die frei werdenden

Gebäude genutzt werden, ist nicht bekannt. Die Stadt kann hierauf auch nur schwer Einfluss nehmen, da sie nicht Eigentümerin ist. Wir zweifeln so lange am Sinn dieser Planung, wie die Nachnutzung nicht geklärt ist. Dauerhafter Leerstand, wie am ehemaligen OBI-Standort Stockheim, darf hier nicht entstehen. Hier ist die Initiative des Bürgermeisters gefragt.

Fehlerhaftes Planungsverfahren

Beim Neubaugebiet "Berger Acker" in Nideggen ist der Verwaltung ein Fehler unterlaufen. Dieser führte dazu, dass der Bauausschuss am 10.12.19 einen fehlerhaften Beschluss fasste. Das Gebiet soll nach einer bis 31.12.19 geltenden Bestimmung im "beschleunigten Verfahren" entwickelt werden. Da der Fehler in der Beschlussformulierung erst 2020 bemerkt wurde, änderte die Ausschussmehrheit am 17.03.20 nachträglich den Beschluss. Der Bürgermeister nennt das "redaktionelle Änderung". Ob dieses Verfahren rechtssicher ist, wird sich zeigen, wenn einer der betroffenen Anlieger klagt. Vernünftiger wäre es gewesen, den Fehler offen zuzugeben und einen neuen Aufstellungsbeschluss zu fassen. Die zeitliche Verzögerung wäre hinnehmbar.

Neue Baugebiete

Um den Bedarf an Wohnraum im Ortsteil Nideggen zu decken, können Flächen, die im bestehenden Flächennutzungsplan bereits dafür vorgemerkt sind ("Bauerwartungsland"), zur Aufstellung von Bebauungsplänen genutzt werden. Nicht alle Flächen sind gleich gut geeignet. Mit CDU- und MFN-Mehrheit wählte der Ausschuss ca. 15 ha nördlich des Schulzentrums aus.

"Denkmal" in Schmidt

Seit 1999 steht das sogenannte "Denkmal" mit der unsinnigen Schrift: "Sie starben nicht vergeblich denn sie gewannen den Frieden zwischen unseren Völkern". Eine sinnvolle Idee, Erinnerung an die Opfer einer sinnlosen Schlacht, wurde gedankenlos auf einem städtischen Grundstück umgesetzt:

Weder Rat noch Verwaltung waren beteiligt, Gestaltung und Beschriftung wurden unkontrolliert dem Stifter überlassen. Der Text ist untragbar, weil er beiden Seiten in der Schlacht ein gemeinsames Ziel unterstellt. Das ist Unsinn: Die US-Army kämpfte für die Befreiung Europas, die Wehrmacht verzögerte das Kriegsende. 2017 erreichte ein Schmidter Bürger den Ratsbeschluss, dass das "Denkmal" zeitgeschichtlich einzuordnen sei.

Nachdem der Bürgermeister die Umsetzung jahrelang verzögert hatte, setzten wir gegen seinen Willen eine Ausschusssitzung mit eingeladenen Experten durch. Deren Rat wollten nur MFN und Grüne folgen!

Die DZ kommentierte: "Klug war es, historische Fachleute um ihre Einschätzung zu bitten.

Unverständlich ist es, deren einstimmigen (!) Rat in den Wind zu schlagen: Das Denkmal sollte nicht bleiben."